



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bekämpfung des schweren Steuerbetrugs ernst nehmen – Haushaltsgesetz konsequent umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die mit dem Haushaltsgesetz 2017/2018 für beide Haushaltsjahre jeweils 15 neu ausgebrachten Stellen für die „Sonderkommission schwerer Steuerbetrug (SKS)“ umgehend und im vollen Umfang dafür zu nutzen, die Steuerfahndungsstellen in München und Nürnberg wie vom Landtag beschlossen zu stärken und alle Stellen in die entsprechenden Stellenpläne zusätzlich aufzunehmen.

Begründung:

Der Landtag hat mit dem Haushaltsgesetz 2017/2018 30 neue Stellen beschlossen, um schweren Steuerbetrug in Bayern besser bekämpfen zu können.

Offensichtlich sind aber nicht alle Stellen in den Stellenplänen der beiden großen Steuerfahndungsstellen Nürnberg und München angekommen. Insbesondere die neuen Stellen in der Besoldungsgruppe A 13 sind nach Informationen der dort Beschäftigten in den aktuellen Stellenplänen nicht zu finden. Das entspricht weder der Intention des geltenden Haushaltsgesetzes noch bringt es die dringend erforderliche bessere personelle Ausstattung der betreffenden Steuerfahndungsstellen.